

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/02/2011

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 22. Februar 2011, Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:35 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner - KiJuB -
Frau Christa Reichardt - Seniorenbeirat -

Verwaltung

Herr Michael Sarach - Bürgermeister -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Herr Thorsten Patschkowski - bis TOP 7.1 -
Frau Angela Haase - Protokollführerin -

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete

Frau Birte Voss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Michael Stukenberg

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

- 1 . Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 . Festsetzung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2011 vom 25.01.2011
- 5 . Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
- 6 . Freigabe der gesperrten Mittel für die Installation der Gebäudeleittechnik in verschiedenen Liegenschaften **2011/021**
- 7 . Verschiedenes
- 7.1 . Mitnutzung Notstromaggregat CCA
- 7.2 . Klagemöglichkeit gegen den Bund gegen die Verpflichtung, den Rechtsanspruch U 3 bis 2013 umzusetzen
- 7.3 . Veröffentlichung vertraulicher Angaben in der Presse
- 7.4 . Sondernutzung **2011/016**
- 2. Änderung der Gebührensatzung
- 8 . Haushaltsrisiken 2011
Sachstandsbericht

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Festsetzung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird im **nichtöffentlichen** Teil um „Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2011 vom 25.01.2011“ erweitert.

3. **Einwohnerfragestunde**

Einwohner/innen sind nicht anwesend. Die Einwohnerfragestunde entfällt.

4. **Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2011 vom 25.01.2011**

Einwände gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils werden nicht erhoben, jedoch ein Einwand gegen den nichtöffentlichen Teil (siehe gesonderter TOP - nichtöffentlich).

5. **Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

Zurzeit befinden sich rd. 580.000 € auf städtischen Konten. Weitere 6,6 Mio. € sind als Tagegeld angelegt. Ursache für diese hohe Anlage war der Steuertermin 15.02.2011. Ferner werden 0,4 Mio. € Zentralitätszuweisungen erwartet (je 0,2 Mio. € für Februar und März 2011). Die Summe der liquiden Mittel wird somit 7,58 Mio. € betragen.

Diesem Bestand stehen 6,635 Mio. € routinemäßige Ausgaben bis Ende März 2011 gegenüber. Darin enthalten ist ein Anteil von 2,0 Mio. € für die Rückzahlung des vom Stadtentwässerungsbetrieb gewährten Kassenkredits. Einkommensteueranteile sind bis Ende März 2011 nicht zu erwarten; das I. Quartal 2011 wird erst Ende April/ Anfang Mai abgerechnet sein.

Es werden planmäßig somit nur liquide Mittel von rd. 950.000 € Ende März verbleiben.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich somit bereits jetzt eine enge Kassenlage abzeichnet und weist auf den veranschlagten Kreditbedarf 2011 hin (**Anmerkung: 2,884 Mio. €**).

6. Freigabe der gesperrten Mittel für die Installation der Gebäudeleittechnik in verschiedenen Liegenschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Patschkowski vom Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft anwesend, der die Vorlage erläutert und Fragen der Anwesenden beantwortet. Im Zuge der angespannten städtischen Haushaltslage mit weiterer Neuverschuldung der Stadt ist zu entscheiden, ob die Installation von Gebäudeleittechnik (GLT) in weitere vier Liegenschaften mit einem Kostenvolumen von 134.000 € in 2011 erfolgen oder diese nach 2012 ff. verschoben werden solle.

Am Beispiel des Rathauses/ Stadtbücherei wird verdeutlicht, dass sich die Investition von rd. 20.000 € bereits nach rd. drei Jahren durch Energieeinsparungen refinanziert habe. Bei der Ermittlung der Refinanzierungszeit wurde vom Gaspreis 2009 ausgegangen. Dieses wird anhand der der Vorlagen beigefügten Diagramme 2 bis 4 auf Nachfrage erläutert.

Auf Nachfrage führt Herr Patschkowski ebenfalls aus, dass weitere städtische Liegenschaften mit GLT ausgestattet sind; die Verbrauchszahlen bei z. B. dem Schulzentrum und dem Juze „42“, aber nicht im gleichen Maß durch das unterschiedliche Nutzerverhalten dieser Liegenschaften oder die Größe der jeweiligen Immobilie und deren Nutzung repräsentativ seien. Generell treffe er jedoch die Aussage, dass Energie- und damit einhergehend Kosteneinsparungen immer zu verzeichnen seien. Ohne GLT laufe die Kesselanlage von 06:00 Uhr morgens bis abends durchgehend. Es handele sich um Leittechnik im Gebäude zur Kesselsteuerung – eine Anbindung an das Rathaus und Steuerung von dort sei nicht zwingend erforderlich.

Herr Brandt spricht sich – da vorrangig der Neubau einer Turnhalle für die Grundschule Am Hagen sicherzustellen sei – gegen die Mittelfreigabe für GLT 2011 aus. Mehrheitlich vertritt der Finanzausschuss aber die Auffassung, dass GLT betriebswirtschaftlich sinnvoll sei und dieses auch dann gelte, wenn sich die Maßnahme erst nach vielleicht fünf Jahren refinanzieren. Nach Amortisation der Maßnahme werden Handlungsspielräume im Ergebnishaushalt frei. Der Sperrvermerk sei aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
1 dagegen

Herr Kienel merkt bezogen auf das Rathaus an, dass neben den bereits erreichten gesenkten Energieverbräuchen sich weitere Einsparungen durch den Einbau neuer Fenster erzielen ließen und er die Konditionen der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Förderprogramm „Energie effizient sanieren – Kommunen“ angefordert habe. Die bisher bestehende Beschränkung auf Gebäudeinfrastruktur werde aufgehoben.

Ergänzend regt Herr Koch an – da lt. Presse die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II noch nicht ausgeschöpft wurden –, die Antragstellung für das Rathaus erneut vorzunehmen.

7. Verschiedenes

7.1. Mitnutzung Notstromaggregat CCA

Herr Patschkowski wird gebeten, zur Frage der möglichen Mitnutzung des Notstromaggregates des City-Centers Ahrensburg (CCA) durch die Stadtverwaltung Ahrensburg Stellung zu nehmen. Er führt aus, dass die Entscheidungsfindung noch nicht abgeschlossen sei. Aus Sicht des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) sollte die Stadt im Krisenfall unabhängig vom CCA sein. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass die Verlegung von Leitungen zwischen der Tiefgarage des Rathauses und dem CCA günstiger sei als der Eigenkauf eines mobilen Notstromaggregates. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass aber eher technische als finanzielle Gründe die Entscheidungsfindung für ZGW beeinflussen.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass das alte Notstromaggregat zwar noch vorhanden sei, aber nicht mehr laufe. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Rathaus hoch technisiert arbeite und die Beschaffung eines neuen Notstromaggregates seinerzeit durch die Politik gebremst wurde. Eine Lösung sei erforderlich, daher habe er nach dem Gespräch mit dem Management des CCA und einer Führung die Frage zur Möglichkeit zur Mitnutzung angeregt. Das Thema wird 2011 intern aufbereitet (techn. Beurteilung, Kostenvergleich) und danach abschließend im Finanzausschuss vorgestellt.

Der Finanzausschuss dankt Herrn Patschkowski für seine Stellungnahme.

7.2. Klagemöglichkeit gegen den Bund gegen die Verpflichtung, den Rechtsanspruch U 3 bis 2013 umzusetzen

Ein Ausschussmitglied fordert, dass die Stadt Ahrensburg die Möglichkeit zur Beteiligung an einer Klage von Kommunen prüfe, wonach diese sich dagegen wenden, bis 2013 den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz umsetzen zu müssen. Dieses sei eine Verletzung des Konnexitätsprinzipes, da die Kommunen für diese Kosten keinen Ausgleich erhalten. Er überreicht der Verwaltung einen Presseauszug, wonach Kommunen in Nordrhein-Westfalen klagen (**siehe Anlage**). Der Bürgermeister sagt zu, diesen Hinweis aufzugreifen.

Ausschussmitglied Koch rät von einer derartigen Klage ab. Diese sei teuer und seines Erachtens erfolglos, da das Konnexitätsprinzip nur in der Landesverfassung verankert sei, nicht aber im Verhältnis Kommunen – Bund gelte.

7.3. Veröffentlichung vertraulicher Angaben in der Presse

Ein Ausschussmitglied betont unter Hinweis auf insbesondere die Berichterstattung zur Firma Boltze, dass nicht öffentliche Zahlen nicht in die Presse gehören; dieses gelte z. B. auch für Kaufpreise.

Der Bürgermeister teilt diese Auffassung und betont, dass seines Erachtens derartige Auskünfte nicht durch die Verwaltung erteilt wurden und dieser Eindruck auch durch die Berichterstattung in der Presse nicht erweckt wurde. Es habe lediglich ein Journalist richtige Schlussfolgerungen gezogen.

7.4. **Sondernutzung** **- 2. Änderung der Gebührensatzung**

Die Beschlussfassung zur Vorlage 2011/01 wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2011 wegen Rückfragen vertagt. Auslöser war die Aussage einer **Jahresgebühr** von 25 € für das Aufstellen von Markisen mit Windfangsystem und Heizstrahlern.

Ein Ausschussmitglied betont, dass die Problematik in der Vorlage geklärt wurde und als Jahr die Aufstellzeit vom 15.03. bis zum 15.10. gelte - hierfür seien 25 € Sondernutzung zu entrichten. Zukünftig werde auch eine Gebühr in den Wintermonaten fällig. Die Diskussion wird in den Bau- und Planungsausschusses verwiesen.

Ein anderes Ausschussmitglied teilt mit, dass diese Erhöhung mit den Betroffenen vorab diskutiert werden sollte. Der Bürgermeister entgegnet, dass dieses nicht der Auftrag war, vielmehr galt es, entsprechend Vorlagen-Nr. 2010/121 „Vorschläge über Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung des städtischen Haushalts“, Vorschläge zu unterbreiten, die zu einem ausgeglichenen Haushalt führen.

8. Haushaltsrisiken 2011 Sachstandsbericht

Der Berichterstatter verdeutlicht die Haushaltsrisiken der Stadt.

Der **Ergebnishaushalt** ist nicht ausgeglichen; dieses 2010 in einer Größe von 7,3 Mio. € und 2011 in einer Größe von 3,35 Mio. € (Planzahlen). Der Ausgleich 2012/ 2013 ist gegeben. In allen Haushaltsjahren sind **Erträge aus Grundstückserlösen** eine „Säule“ des Ergebnishaushalts.

Daneben ist der **Finanzhaushalt**, in dem neben zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen des Ergebnishaushalts die Investitionen und deren Finanzierung zu veranschlagen sind, zu betrachten. Die Lage ist durch die Neuverschuldung 2010 von 11,5 Mio. €, 2011 von weiteren 2,88 Mio. € und in den Folgejahren weiteren anstehenden hohen Investitionen ernst. Liquide Mittel zur Finanzierung der Investitionen stehen nicht zur Verfügung.

1. Die Planung ab 2012 ff. verschlechtert sich durch den beabsichtigten Wegzug eines Unternehmens weiter mit folgenden Auswirkungen:
 - a) Der Ergebnishaushalt und der Finanzhaushalt werden dauerhaft durch nicht mehr eingehende Steuereinnahmen nach dem Wegzug belastet. Inwiefern es gelingt, durch einen Nachfolger am Standort Ahrensburg Steuereinnahmen in dieser Größenordnung zu kompensieren, ist noch völlig offen.
 - b) 2010 wurde im Hinblick auf die Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor Süd eine Neuverschuldung erforderlich, die **2013** mit 5,0 Mio. € zurückgeführt werden sollte. Dieses erscheint derzeit nicht möglich.
 - c) Zu entscheiden ist, ob die Erschließung dieser Flächen derzeit in Angriff genommen werden soll. Hierdurch und durch den Ankauf weiterer Gewerbeflächen in diesem Bereich werden 2011 bis 2014 Investitionen von voraussichtlich 5,7 Mio. € zzgl. 3,2 Mio. € = rd. 8,9 Mio. € ausgelöst.
 - d) 2012 wurden – siehe auch b) Rückführung der Neuverschuldung in 2013 – erste Grundstückserlöse durch den Verkauf von erheblichen Flächen in Beimoor Süd II in einer Größenordnung von rd. 8,4 Mio. € eingeplant; hierdurch ermittelte sich im Ergebnishaushalt 2012 ein Überschuss von 6,75 Mio. €. Auch für ein weiteres städtisches Grundstück zeichnet sich ab, dass der Erlös nicht die geplante Höhe erreichen wird. Da letztgenannter Erlös in den Jahren 2012 und 2013 mit je 50 % veranschlagt wurde, erhöhen sich die Belastungen 2012/ 2013 (siehe nichtöffentlicher Teil).

Der Ausfall von Gewerbesteuern und Grundstückserlösen 2012/ 2013 – unter Berücksichtigung allerdings des Verbleib des Grundstückswertes im städtischen Besitz; daher reduziert sich die Belastung aus Wertveränderungen – ergäbe für den Ergebnishaushalt folgende Entwicklung:

Plan 2012 derzeit	+ 6,75 Mio. €
<u>Mehrbelastung 2012 – insbes. wg. fehlender Grundstückserlöse</u>	<u>10,0 Mio. €</u>
Fehlbedarf 2012 somit	./ 3,25 Mio. €
Plan 2013 derzeit	+ 2,65 Mio. €
<u>Mehrbelastung 2013</u>	<u>2,0 Mio. €</u>
Überschuss 2013	0,65 Mio. €

- e) Der **Kreditbedarf**, d. h. die Verschuldung der Stadt, stiege unter Berücksichtigung des Abzugs von Erlösausfällen 2012 in den Jahren 2012 bis 2014 um 21,335 Mio. € inkl. der Neuverschuldung 2010 von 11,5 Mio. € somit um 32,845 Mio. €. Dieses entspricht 2010 bis 2014 einem jährlichen Kreditbedarf von 6,57 Mio. €, der kaum verantwortbar ist.

Die Verschuldung stiege unter Berücksichtigung der planmäßig veranschlagten Tilgungsausgaben 2010 bis 2014 auf Ende 2014 mindestens 41,214 Mio. € an.

Die Verschuldung pro Einwohner stiege von (Plan Ende 2009: 370 €) **um 960 € / Einwohner (+ 260 %) auf 1.333 € je Einwohner**. Es ist daher von politischer Seite angesichts der vorstehenden Investitionen zu überlegen, auf welche Maßnahmen verzichtet werden sollte.

2. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde der Politik von der Verwaltung am 08.02.2011 eine Übersicht über die Investitionen vorgelegt, die 2011 beginnen und 2012 bis 2014 fortgesetzt werden. Die in dieser Übersicht grau-lila gekennzeichneten Investitionen ergeben – sollte hierauf verzichtet werden – eine Entlastung von 17,61 Mio. €. Bei den Einzahlungen sind Grundstückserlöse und relevante Zuweisungen von 11,33 Mio. € veranschlagt. Bei Verzicht bzw. Entfall dieser gekennzeichneten Investitionen/ Grundstückserlöse ergibt sich 2011 bis 2014 eine Entlastung von 6,28 Mio. €.

Anmerkung der Verwaltung

Diese Berechnung hat nur noch theoretischen Wert, da die Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2011 sowohl den Neubau einer Kindertagesstätte wie auch einer neuen Sporthalle für die Grundschule Am Hagen beschlossen hat.

3. Die Gewerbesteuern lagen Ende Januar 2011 bei einem Anordnungssoll von über 17 Mio. €. Per Stand 22.02.2011 liegt das Anordnungssoll nur noch bei 16,491 Mio. €, da bei einem Gewerbebetrieb die Vorauszahlungen 2011 erheblich gesenkt wurden und die teilweise mit überhöhten Vorauszahlungen belasteten Vorjahre abgerechnet wurden und noch werden. Veranschlagt ist ein Haushaltssoll von 19,0 Mio. €.
4. Ein weiteres Risiko ist der Defizitzuschuss an das **badlantic**. Nach wie vor muss von einer Unterdeckung für das Wirtschaftsjahr 2011 von 1,53 Mio. € ausgegangen werden, die lt. Betriebsführungsvertrag durch die Stadt auszugleichen ist. Der Ausgleich durch die Stadt wurde durch den Hauptausschuss am 06.12.2010 jedoch auf 1,35 Mio. € (./ 180.000 €) begrenzt und ist daher 2011 nur in dieser Höhe veranschlagt.

Angesichts dieser Risiken diskutiert der Finanzausschuss darüber, wie mit den veranschlagten Investitionen 2011 bis 2014 umgegangen werden solle. Der Vorsitzende äußert die Erwartung, dass die Gewerbesteuern sich dauerhaft erholen werden, sobald die belasteten Vorjahre abgerechnet sind.

Ausschussmitglied Koch weist – bezogen auf den Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren - darauf hin, dass die Förderquote auf 75 % erhöht werden soll. Er regt an, einen Antrag an den Kreis – wie auch an das Land – auf Mitfinanzierung zu richten. Eine Mitfinanzierung sei bisher nicht eingeplant. Ferner fragt er nach, ob es weiteres Einsparpotenzial im Ergebnishaushalt gäbe bzw. dieses geprüft worden sei.

Ferner wird auf die von der Verwaltung vorgelegte Tabelle verwiesen und nachgefragt, wonach die Priorisierung hier erfolgt sei. Der Berichterstatter teilt mit, dass entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion sich die Zahlen auf ab 2011 beginnende Maßnahmen beziehen. Im Übrigen sei ein Antrag auf Mitfinanzierung der U 3-Plätze gestellt; ob Mittel bewilligt werden können sei noch nicht bekannt. Die Anträge würden nach dem so genannten „Windhund-Prinzip“ beschieden.

Der Finanzausschuss regt an, die Tabelle für Maßnahmen ab 2011 ff. beginnend auszuweiten. Ferner wird eine Haushaltssperre angeregt. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass das Zinsniveau ansteigen wird. Dieses erhöht die Aufwendungen des Ergebnishaushalts proportional zur Neuverschuldung ab 2010.

Bezogen auf die Anfrage zur Haushaltssperre erklärt der Bürgermeister, dass er kein Anhänger einer Haushaltssperre sei. Sinnvoller sei, die Aufwendungen und Investitionen gezielt zu hinterfragen und ferner auf diesem Hintergrund die mittelfristige Finanzplanung anzupassen. Hierzu seien auch politische Positionierungen notwendig.

Ein Ausschussmitglied fragt nach, warum keine Budgetierung mehr erfolge.

Anmerkung der Verwaltung

Die Vorgaben durch die Budgetierung waren sicherlich sinnvoll. Gleichwohl war festzustellen, dass nur bei guter Basis (Steuereinnahmen, etc.) eine verantwortbare Beplanung der Ansätze erfolgte - bei angespannter Haushaltslage und vergleichbarer Prozentverteilung (somit einer Reduzierung des Eckwertes) erfolgte keine Reduzierung der kameralen Ausgaben.

Der Bürgermeister teilt zu diesem Thema mit, dass er die Verwaltung heute aufgefordert habe, sich – bezogen auf Investitionen – Gedanken über „Orientierungsgrößen“ zu machen. Dieses könne einen Rahmen für die Investitionsplanung bieten. Ob dieses praktikabel sei, könne er noch nicht sagen.

Übereinstimmend wird festgestellt, dass die Risiken des Haushalts die Höhe der Grundstückserlöse und der Gewerbesteuern seien.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Angela Haase
Protokollführerin

